



Sexarbeit ist Arbeit: Ein gutes Leben für alle!

Die SP Schweiz setzt sich für ein gutes und freies Leben für alle ein, unabhängig von der Arbeit oder dem Aufenthaltsstatus. Wir definieren Sexarbeit zunächst als Arbeit, bei der eine sexuelle Dienstleistung einvernehmlich gegen Geld getauscht wird. Selbstbestimmte Sexarbeit ist kein Randphänomen. Es muss anerkannt werden, dass in diesem Gewerbe oft Frauen arbeiten, die von zahlreichen Diskriminierungen betroffen sind. So sind sie einem höheren Risiko von Gewalt ausgesetzt. Die SP Schweiz stellt sich klar gegen das Nordische Modell. Ein Verbot sexuelle Dienstleistungen zu kaufen, verschlechtert die Arbeitsbedingungen von Sexarbeitenden und zwingt sie, an gefährlichen Orten zu arbeiten und gesundheitsgefährdende Sexualpraktiken zu akzeptieren

Die Schweiz verfolgt einen reglementierenden Ansatz. Dabei wird Sexarbeit legalisiert, um Kriminalität zu unterdrücken und Sexarbeiter:innen zu schützen. Die Rahmenbedingungen definieren die Kantone, bzw. Gemeinden. Dabei ist eine allgemeine Tendenz zu beobachten, dass Sexarbeiter:innen rechtlich nicht mit anderen Arbeitnehmenden gleichgestellt sind. So müssen Sexarbeiter:innen unabhängig von ihrer Nationalität oftmals Genehmigungen einholen, sich bei den Behörden registrieren lassen und ihre Tätigkeit ist geografisch eingeschränkt. Sexarbeiter:innen in der Schweiz sind rechtlich und faktisch noch nicht mit anderen Arbeitnehmer:innen gleichgestellt, insbesondere aufgrund der bürokratischen Hürden, die Menschen mit Migrationshintergrund auferlegt werden. Sexarbeiter:innen aus Drittstaaten können nach dem geltenden Ausländer- und Integrationsgesetz keinen eigenständigen Aufenthaltsstatus erlangen. Dies drängt sie in die Illegalität und setzt sie dem Risiko von Bussgeldern oder sogar Ausweisungen und Einreiseverboten aus.

Es ist wichtig, Sexarbeit von Menschenhandel zu unterscheiden. Menschenhandel ist eine Straftat, bei der eine Person durch Gewalt, Täuschung, Drohung oder Zwang angeworben, vermittelt und ausgebeutet wird. ¹ Obwohl Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung die sichtbarste Form von Menschenhandel ist, ist es falsch und paternalistisch, alle Sexarbeiter:innen als Opfer von Menschenhandel zu betrachten.

In Europa gibt es verschiedene Ansätze, wie Staaten mit Sexarbeit umgehen. Der prohibitorische Ansatz verbietet Sexarbeit, indem er Sexarbeiter:innen, Freier und Zuhälter bestraft. Der abolitionistische Ansatz zielt auf die Abschaffung der Sexarbeit ab: Er bestraft nicht die Sexarbeiter:innen direkt, sondern die Kund:innen, da er alle Sexarbeiter:innen als Opfer betrachtet.

¹ <https://www.fedpol.admin.ch/fedpol/fr/home/kriminalitaet/menschenhandel.html>

Für ein freies selbstbestimmtes Leben

Die SP Schweiz setzt sich dafür ein, dass Menschen nicht aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Hautfarbe diskriminiert werden. Sexarbeit ist eine von vielen Möglichkeiten, den eigenen Lebensunterhalt zu finanzieren. Dennoch ist es keine Arbeit wie jede andere, denn die meisten Sexarbeiter:innen sind mit einer brutalen Kombination aus Mysogynie, Rassismus und Armut konfrontiert. Deshalb setzen wir uns für eine Verbesserung ihrer materiellen Situation ein. Wir lehnen die Kriminalisierung von Sexarbeit ab, und damit lehnen wir auch die Bestrafung der Freier (nordisches Modell) als auch die Bestrafung der Arbeiter:innen ab. Die Verteidigung von Sexarbeiter:innen bedeutet also, gegen restriktive Migrationsgesetze, Prekarität, Rassismus und Sexismus sowie gegen Gewalt gegen Frauen einzustehen.

- Gegen Stigmatisierung und Kriminalisierung

Die SP Schweiz stellt sich konsequent gegen jegliche Massnahmen, die Sexarbeiter:innen bestrafen, diskriminieren oder ihnen das Leben erschweren. Die Möglichkeit, legal zu arbeiten, ist eine Grundvoraussetzung für sichere Sexarbeit. Dazu gehört auch, dass Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen von Migrant:innen nicht an Arbeitgeber:innen gekoppelt werden dürfen, da dies die Gefahr von Abhängigkeiten erhöht.

- Für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen

Jede Politik zum Schutz von Sexarbeiter:innen ist eine Politik, die Prekarität bekämpft: Dazu brauchen wir einen besseren Arbeitsschutz für Sexarbeiter:innen. Migrant:innen müssen ausserdem Zugang zu Sozialleistungen haben, damit Sexarbeit nicht die einzige Option ist.

- Für einen freien Zugang zu Gesundheitsversorgung und Beratungsangeboten

Ein Ende der Stigmatisierung von Sexarbeit soll auch einen besseren Zugang zur Gesundheitsversorgung ermöglichen. Sexarbeiter:innen müssen Zugang zu Informationen über Gesundheit und ihre Rechte haben, zu niedrigschwelligen sanitären Einrichtungen, um ihre Gesundheitsrisiken zu minimieren, und zu Unterstützungsangeboten im Falle von Gewalterfahrungen. Sexarbeiter:innen müssen an Programmen zur beruflichen Neuorientierung teilnehmen können, die ihnen ein höheres und stabiles Einkommen garantieren, wenn sie dies wünschen.